

INTERPELLATION VON JOSEF LANG

BETREFFEND KAUF DES ZEUGHAUSAREALS DURCH DIE
ÖFFENTLICHE HAND

VOM 16. SEPTEMBER 2002

Kantonsrat Josef Lang, Zug, hat am 16. September 2002 folgende **Interpellation** eingereicht:

Das grosse Zeughausareal ist eine riesige Chance, die Probleme der grassierenden Wohn- und Kulturraumnot zu lindern. Dies ist allerdings nur möglich, wenn der Kanton möglichst gemeinsam mit der Stadt dieses Grundstück erwirbt und als Bodenbesitzer dafür sorgt, dass hier preisgünstige Wohnungen für Normal- und Schwachverdienende sowie selbstverwalteter Kultur- und Wohnraum für Kulturschaffende und Jugendliche wie auch Gewerberaum für Kleinunternehmen erstellt werden. Die Tatsache, dass es beim bisherigen Besitzer mit dem VBS um eine öffentliche Einrichtung handelt, sollte einen Handwechsel zum Kanton (und evtl. zusätzlich zur Stadt) erleichtern. Vor diesem Hintergrund, angesichts der Besetzung des Zeughausareals durch Zuger Jugendliche und aufgrund dessen, was die heutige "NZZ am Sonntag" in Bezug auf Zug einen "Ausdruck steigenden sozialen Unbehagens" nennt, stelle ich dem Regierungsrat die folgenden **Fragen**:

1. Sieht der Regierungsrat im Zeughaus-Areal eine Chance, die Wohn-, Kultur- und Gewerberaumnot im Kanton Zug zu lindern?
2. Gab es über das Zeughaus-Areal bereits Kaufverhandlungen mit dem VBS? Was haben die ergeben?
3. Ist der Regierungsrat bereit, die Verhandlungen mit dem VBS neu aufzunehmen, überhaupt aufzunehmen oder weiterzuführen? Gab es diesbezüglich Kontakte mit dem Stadtrat?

Begründung:

Den Kauf des Zeughausareals durch den Kanton Zug - möglichst gemeinsam mit der Stadt Zug - habe ich bereits an der Erweiterten Staatswirtschaftskommission vom 6. Juni 2002 beantragt. Damals machte ich den Vorschlag, einen Teil des Überschusses von 49 Millionen Franken dafür zu verwenden. An der Stawiko-Sitzung wurden gegen die Verwendung des Überschusses zu diesem Zweck formelle Argumente eingebracht, die es geraten liessen, das Anliegen auf einem formell unumstrittenen Weg neu einzubringen. Ich will, dass sich eine Diskussion aufs Materielle konzentriert. Das soll hiermit geschehen.

Der erste materielle Ausgangspunkt ist die grassierende Wohn- und Kulturraumnot. Diese war bereits in den 1980er Jahren ein politischer Dauerbrenner und Mit-auslöserin der Jugendbewegung der frühen 80er Jahre. In den 90er Jahren gab es eine gewisse Entschärfung, und zwar sowohl bezüglich der Wohnungsnot, der Kulturraumnot wie auch der Mietpreise. In den letzten Jahren hat sich dieses Problem wieder verschärft. Die Besetzungsaktionen wie auch die Sympathien, die diese in breiten Kreisen der Bevölkerung finden, sind subjektiver Ausdruck einer objektiven Notlage, die sehr ernst zu nehmen ist.

Je tiefer die Steuern, desto höher die Boden- und Mietpreise, diesen Zusammenhang bestätigt jede Statistik. Darauf weisen wir Alternativen seit 25 Jahren hin. Als wir vor zwei Jahren die radikalen Steuersenkungen im Rahmen der Steuergesetzrevision bekämpften, war die Verteuerung des Bodens und damit der Mieten sowie die Verknappung des Wohn-, Kultur- und Gewerberaumes eines unserer Hauptargumente. Von den 49 Gebieten, in die die Schweiz statistisch aufgeteilt wird, hat Zug mit Abstand die teuersten Mieten. Sie liegen im Durchschnitt fast 30 % über dem schweizerischen Durchschnitt. Im Grossraum Genf, der an 12. Stelle liegt, sind die Mieten 25 % tiefer als in Zug. Das hat auch damit zu tun, dass der soziale Wohnungsbau hier viel stärker verbreitet ist und die Behörden für Kultur- und Jugendräume viel unternehmen. Der Regierungsrat selber präsentierte an der letzten Kantonsratssitzung folgende Vergleichszahlen: "Für eine 3 - 3,5-Zimmerwohnung betrug die durchschnittliche Marktmiete im Jahre 2001 im Kanton Zug 1'400 Franken, im Kanton Jura nur gerade 790 Franken, was jährlichen Minderkosten von 7'320 Franken entspricht."

Nur durch ein aktives Eingreifen des Kantons und der Gemeinden kann der markt-konforme Prozess Richtung Monacoisierung des Kantons Zug, wo vor allem Reiche, privilegierte Gesellschaften sowie ihre Anwälte und Bediensteten Platz finden, gestoppt werden. Ein Mittel ist das Kaufen von Grundstücken und Gebäuden, um auf diesen und in diesen minder- und mittelbemittelten Familien und Personen das Wohnen, Leben und Werken zu erschwinglichen Preisen zu ermöglichen. Die öffentliche Hand ist auch eher berufen, alternative Wohn- und Lebensformen wie autofreies Wohnen und autonomes Leben zu erleichtern. Wenn wir die Verwirklichung dieser existenziellen und kulturellen Bedürfnisse dem freien Markt überlassen, machen wir eine profitgerechte, aber keine menschengerechte Politik und handeln uns grosse soziale Probleme ein.

Das Zeughaus-Areal bietet dank seiner Grösse, Lage und wegen des öffentlichen Besitzers eine aussergewöhnliche Chance. Der Regierungsrat soll alles unternehmen, möglichst gemeinsam mit der Stadt Zug, um dieses Areal zu erwerben. Sollte das Areal in private Hände fallen, die einen möglichst hohen Profit heraus-holen wollen bzw. müssen, dürfte es äusserst schwierig, wenn nicht unmöglich sein, auf diesem Grundstück für die Linderung der Wohnungsnot, für die Erstellung preisgünstiger Wohnungen und Gewerberäume, sowie für die Kultur und die Jugend etwas Gutes zu tun.

Die hohen Bodenpreise und die grassierende Raumnot sind zu einem wichtigen Teil die Kehrseite des Zuger Steuer- und Finanzwunders. Deshalb hat der Einwand, es läge nicht drin, dass die öffentliche Hand für sozialen und kulturelle Zwecke derart teuren Boden kaufe, keine Gültigkeit.